

Lieber Hors-sol- oder volksnahe Politiker?

Auch Luzi Bernet (NZZ 15. 11. 11) beschleicht ein un gutes Gefühl angesichts der neuen griechischen und italienischen Ministerpräsidenten.

EU-Gremien, «Merkozy», der IMF – sie nehmen vom Volk gewählten Politikern das Heft aus der Hand. Da sie allenfalls von Lobbyisten-, aber hauptsächlich von Steuergeldern leben, wie alle internationalen Vereinigungen, brauchen sie das Euro-System bzw. die EU zu ihrer Machterhaltung. Es darf niemand offiziell pleitegehen, da sonst ihre Machtbasis zerfällt. So werden Italien und Griechenland unter die Vormundschaft treuer EU-Vasallen gestellt. Deren Regierungen haben sich vom billigen Geld der Euro-Zone verführen lassen und sind nun darin eingesperrt.

Die Zeche, immer grösser werdende Schuldenberge und schwindende demokratische Rechte, bezahlen wie immer die gewöhnlichen Leute, die nur in den allerwenigsten Fällen um ihre Meinung gefragt wurden. Leider gibt es keinen einzelnen verantwortlichen Diktator für diese Misswirtschaft, den die Bürger stürzen könnten. Das einzige Mittel, dem Spuk ein Ende zu bereiten, wäre, internationalen Vereinigungen den Geldhahn zuzudrehen, zum Wohl der eigenen Finanzen. Überschuldete Länder müssen wieder eigene Verantwortung übernehmen können, nicht nur in Europa.

Verena Guran-Fierz, Zumikon

Die Finanz- und Wirtschaftskrise führt uns vor Augen, dass die herkömmliche Politik und damit auch unser politisches System für die globalisierte Welt keine Rezepte mehr haben. Das Verflochtensein mit einer Welt der unterschiedlichsten Systeme zwingt die Nationalstaaten zu vielfältigen Anpassungen und Machtverlust. Die Finanz- und die Weltwirtschaft, jedenfalls die Grosskonzerne, handeln weitgehend im rechtsfreien Raum, auf den wir kaum noch Einfluss haben. Jetzt müssen halt die Fachleute ran, ob demokratisch legitimiert oder nicht, die selbsternannten volksnahen Macher haben es ja nicht geschafft!

Unsere Politiker haben weitgehend den Überblick, aber auch die Macht verloren und handeln höchstens im Nachhinein, sie flicken die Brüche und Schä-

den – meist bleibt es ja beim Versuch –, die ihnen die Welt präsentiert. Hierzulande haben noch vor wenigen Monaten unsere Politik-, Wirtschafts- und Finanzfachleute das Hohelied des freien Marktes gesungen. Der freie Markt regelt alles von ganz alleine, dabei hatten sie ganz übersehen, dass er ihnen bereits in die globalisierte Welt entglitten und gar kein Handlungsspielraum für Regeln mehr vorhanden war. Unsere Politiker haben nicht mitbekommen, dass die Regeln von anderen gemacht oder einfach missachtet werden. Der Markt braucht aber starke Regeln, sonst regelt er sich selbst zu Tode, wie sinngemäss der Erzkapitalist George Soros sagt! Und diese Regeln können nur noch durch intensive internationale Zusammenarbeit aufgestellt werden.

Ob volksnahe Politiker wohl je dazu fähig sind? Was ist uns wichtiger, Minarette oder eine gesunde Wirtschaft, die den Menschen Arbeit und Brot gibt? Wahrhaftigkeit ist für mich jedenfalls ein viel wichtigeres Kriterium als Parteipolitik oder undefinierbare Volksnähe.

Heinrich Schmitt, Gerlikon

Nein zu EFSF-Beteiligung

Die Schweiz steht demnächst vor der Entscheidung, ob sie sich als Investorin am europäischen Rettungsschirm EFSF (European Financial Stability Facility) beteiligen soll. Der Bundesrat signalisiert Gesprächsbereitschaft oder mehr. Die Antwort darf aber nur «sicher nicht!» heissen. Denn die Schweiz ist bereits über den Handel und weitere Gemeinsamkeiten stark in die Euro-Zone integriert. Da dürfen wir nicht den Fehler machen, auch noch Kapital in diese Beziehung zu investieren. Die Chancen stehen nämlich «gut», dass die Rückzahlung genau dann ausgesetzt wird, wenn der Handel einmal einbrechen sollte. Im Vertrag von Maastricht gibt es eine Nichtbeistands-Klausel («no bail-out»), nach der die Haftung der Europäischen Union sowie der Mitgliedstaaten für Verpflichtungen anderer Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist. Es wäre ein grober und dummer Verstoß, wenn die Schweiz – noch bevor die marktwirtschaftlichen Möglichkeiten der schwächeren Länder auch nur ansatzweise ausgeschöpft sind und solange die Regeln

der guten Haushaltsführung in den meisten Euro-Staaten mit Füßen getreten werden – gegen diese No-Bail-out-Bestimmung verstösst. Die Schweiz hat erst neulich unter höchstem Zeitdruck Kredite zugunsten des IMF gesprochen (pro Kopf der Bevölkerung mehr als alle anderen Länder), die nun irgendwo an den südlichen Stränden der EU versickern. Wir wollen und können es uns nicht leisten, zusätzliches hart verdientes Geld, auf welchem Weg auch immer, in ein so schlecht durchdachtes Unterfangen wie die EFSF zu investieren.

Martin Janssen, Küsnacht

Staatsintervention im Wohnungsmarkt

Der Gegenvorschlag zu drei wohnpolitischen Initiativen fordert, den Anteil von gemeinnützigen Wohnungen in der Stadt Zürich auf einen Drittel auszubauen. Dieser Vorschlag ist ein bürokratisches Monster, dessen Annahme eine beispiellose Staatsintervention im Wohnungsmarkt bringen würde. Die damit verbundenen Kosten würden sich auf rund 15,6 Milliarden Franken belaufen. Damit ist klar, dass diese Vorlage unbezahlbar ist. Ausserdem würde die Vorlage, um dieses Drittel zu erreichen, faktisch keinen privaten Wohnungsbau mehr zulassen, was der Wirtschaftsfreiheit widersprechen würde.

Gemeinnütziges Wohnen bedeutet eine riesige Umverteilung und Subventionierung. Davon profitieren aber nicht nur die unteren Einkommenschichten, sondern auch Spitzenverdiener. Zudem weisen gemeinnützige Wohnbauten eine tiefere soziale Durchmischung auf als private Wohnbauten, womit die Vorlage kontraproduktiv für das erklärte Ziel der Verbesserung der Durchmischung ist. Schliesslich zeigen Daten des Statistischen Amtes, dass die bauliche Dichte der Wohnbaugenossenschaften in jedem Kreis der Stadt Zürich tiefer ist als jene der privaten Vermieter. Mehr gemeinnütziges Wohnen würde somit dem verdichteten Bauen, welches man allgemein wünscht, zuwiderlaufen. Statt dem Staatsinterventionismus zu huldigen, wären im Wohnungsmarkt dringend Liberalisierungsschritte nötig. Zum einen muss die grosse Zahl an unnötigen, sinnlosen und